

## Verkehrsplan eine Runde ausgesetzt

### Vertagung nach rot-grünem Zwist

Von Michael BrandT Bremen. SPD und Grüne haben gestern - wenn auch etwas verhalten - den Richtlinienstreit um die Frage aufgenommen, welche Eckpfeiler die künftige Verkehrspolitik in Bremen bestimmen. Umwelt- und Verkehrssenator Joachim Lohse (Grüne) wollte mit einem Beschluss in der Deputation für Umwelt, Bau und Verkehr den Start-Beschluss fassen, um einen Verkehrsentwicklungsplan aufzustellen. Das Papier soll die Grundzüge bis 2025 beinhalten. Der Behördenchef scheiterte aber am erklärten Widerstand des Koalitionspartners SPD. Auch die CDU signalisierte Bedenken. Jetzt soll nach dem Jahreswechsel ein neues Papier vorgelegt werden.

Einer der Streitpunkte in der Koalition ist die Frage, ob der Verkehrssenator allein zuständig sein soll. Oder ob das Wirtschaftsressort von Martin Günthner (SPD) mit am Tisch zu sitzen hat. Umweltsenator Joachim Lohse machte gestern seine Haltung deutlich: Dieser Punkt im Koalitionsvertrag sei ein "Arbeitsauftrag an das Ressort. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr ist eindeutig zuständig."

Lohse hatte einen dreiseitigen Beschlussvorschlag zur Abstimmung gegeben, in dem der Prozess skizziert wird, wie der Verkehrsentwicklungsplan mit breiter Beteiligung ausgearbeitet werden soll. Der Verkehrssenator: "Ich bin schon zu Beginn meiner Amtszeit angesprochen worden, mich des Themas anzunehmen. Gerade Verkehrsfragen sind in der vergangenen Legislaturperiode in Bremen sehr kontrovers diskutiert worden." Der SPD war der knappe Auftakt-Beschluss für die Planungsphase zu wenig konkret. Und sie will ein stärkeres Gewicht auf Wirtschaftsverkehre legen. Jürgen Pohlmann: "Wir sehen Nachbesserungsbedarf." Dass die SPD den Beschlussvorschlag aus dem grünen Ressort zunächst nicht mitträgt, gilt als ungewöhnlich. Im Normalfall wird im Vorfeld Einvernehmen zwischen den Regierungspartnern hergestellt. Der Konflikt schwelt aber, wie berichtet, bereits seit Mitte November. Pohlmann inhaltlich: "Wir haben eine Zunahme des Güterverkehrs zu erwarten." Deshalb müssten Wirtschaftsverkehre im Auftakt-Beschluss ebenso auftauchen wie das Wort "Bremerhaven".

Auch die CDU meldete Kritik an Lohses Einstieg in das Thema an. Heiko Strohmann: "Meine Sorge ist, dass dies ein Wohlfühl-Papier wird und wir am Ende wieder über Lastenräder und Fahrrad-Schnellstraßen reden. Das geht an den tatsächlichen Problemen Bremens vorbei." Lohse trat der Einschätzung entgegen, dass es bei der Beteiligung eine einseitige Ausrichtung gebe. Die Handelskammer werde ebenso in den Prozess eingebunden wie die Betriebe des Güterverkehrszentrums und die Fahrradvereine.

Das Ressort rechnet vor, dass rund 40 Prozent der Wege in Bremen mit dem Auto zurückgelegt werden, 25 Prozent mit dem Fahrrad, 21 Prozent zu Fuß und 14 Prozent mit Bussen und Bahnen. Im Vergleich zu anderen Großstädten zeige sich aber, dass der ÖPNV-Anteil relativ niedrig sei. Und es gibt eine klare Ausrichtung vor: "Der Anteil des ÖPNV, des Fuß- und des Radverkehrs ist durch geeignete Maßnahmen zu stärken." Eine Nachfrage des Bürgerschaftsabgeordneten Frank Imhoff (CDU) ergab aber, dass dieses Bild schief ist. Verkehrsplaner Gunnar Polzin bestätigte: Bei der Erhebung seien zwar die Auspendler aus der Stadt gezählt worden, nicht aber die Zahl derjenigen, die mit dem Auto täglich zur Arbeit in die Stadt kommen.

© Copyright Bremer Tageszeitungen AG Ausgabe: Verdener Nachrichten Seite: 10 Datum: 09.12.2011